

POSTULAT von Markus Schaaf (EVP, Zell), Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen) und Walter Meier (EVP, Uster)

betreffend Gemeinsamer Versand von Wahlprospekten

Der Regierungsrat wird eingeladen, wenn nötig mittels Gesetzeserlass dafür zu sorgen, dass für die beteiligten Parteien bei Gemeinde-, Kantons- und Nationalratswahlen in den Gemeinden ein gemeinsamer Versand von Wahlprospekten organisiert wird. Der Versand ist für die Parteien unentgeltlich.

Markus Schaaf
Kurt Leuch
Walter Meier

87/2011

Begründung:

Der gemeinsame Versand von Wahlwerbung macht sowohl ökologisch wie auch ökonomisch Sinn. Neben diesen zwei Aspekten gibt es aber auch noch eine wichtige politische Komponente: Nur wer auswählen kann, kann auch wirklich wählen. Die Schweizer Demokratie lebt von einem vielfältigen und ausgewogenen Angebot von Parteien. Mit einem gemeinsamen Versand steht den Zürcher Wählerinnen und Wählern das gesamte Informationsangebot der Parteien zur Verfügung. Auf diese Weise haben die Wählenden eine umfassende Auswahl für die Wahl.

Die Beteiligung am politischen Geschehen darf für eine Partei nicht allein von ihren Finanzen abhängen, deshalb sind die Kosten für den Versand zwischen Kanton und Gemeinden zu regeln.